



Interviews

Datum: 29.08.2023

Moritz Küpper im Gespräch mit Carsten Linnemann

Moritz Küpper: „Wir müssen diesen Zuzug sofort begrenzen. Sonst droht uns, der gesellschaftliche Zusammenhalt um die Ohren zu fliegen.“ – Das sind die Worte von CDU-Chef Friedrich Merz, und auch aus den Kommunen kommen Hilferufe, sie seien überlastet. Deutschland könne nicht die Welt retten, wir können nicht alle aufnehmen, heißt es da beispielsweise, oder man sei es leid, dass diese Debatten nur hinter vorgehaltener Hand geführt werden, weil man sonst in die rechte Ecke gestellt wird.

Sprechen wir darüber, und zwar mit Carsten Linnemann (CDU), dem designierten und arbeitenden Generalsekretär der CDU Deutschlands. Guten Morgen!

Carsten Linnemann: Guten Morgen, Herr Küpper. Ich grüße Sie.

Küpper: Herr Linnemann, ist die CDU noch die Partei eines geeinten offenen Europas?

Linnemann: Absolut! Es ist die Partei. Mit Helmut Kohl und anderen haben wir die Verträge vorangetrieben und stehen hinter der Europäischen Union, hinter Europa, hinter dem Friedenswerk. Nur Friedrich Merz hat völlig recht. Wir haben damals gesagt, dass wir die nationalen Grenzen nicht auflösen, sondern verschieben an die europäische Außengrenze, und die muss funktionieren. Und wenn die nicht funktioniert, muss dieser Staat handeln, und insofern hat Friedrich Merz hier recht.

Küpper: Also steht jetzt aktuell das Schengen-Abkommen zur Disposition?

Linnemann: Nein, überhaupt nicht. Wir haben ja bereits stationäre Grenzkontrollen. Wenn Sie nach Österreich schauen, an die deutsch-österreichische Grenze, dort wurden im letzten Jahr 15.000 Menschen zurückgewiesen. Das heißt, es funktioniert

dort. Das sind auch Signale, die dort gesendet werden. Da haben wir im letzten Jahr auch nicht gesagt, dass der Binnenmarkt in Gefahr ist.

Natürlich: Mich erfreut das auch nicht. Ich bin ein Fan der sozialen Marktwirtschaft. Dieses Land ist groß geworden mit der sozialen Marktwirtschaft. Wir haben uns in einer atemberaubenden Geschwindigkeit eingeklinkt in die internationale Arbeitsteilung. Unser deutscher Mittelstand ist exportorientiert wie kein anderer auf diesem Globus. Die Mittelständler melden sich und sagen: Stopp, schaut euch das genau an. Nur in den letzten Monaten spüre ich zunehmend, dass selbst die Mittelständler sagen, wir überfordern uns, stellt bitte sicher, dass dieses Land nicht überfordert ist. Denn am Ende des Tages geht es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Küpper: Herr Linnemann, die heutige Lage, Schengen, Helmut Kohl, aber dazu auch das „wir schaffen das“ Angela Merkels, ist das Ganze nicht Ergebnis zentraler CDU-Regierungspolitik?

Linnemann: Nein, im Gegenteil. Ohne die CDU hätten wir diesen Wohlstand nicht erreicht. Schauen Sie sich mal die letzten Jahrzehnte an, nach der Wiedervereinigung, was passiert ist.

Küpper: Das stelle ich nicht in Frage. Ich meine nur jetzt die heutige Lage in Sachen Migration.

Linnemann: Nein, überhaupt nicht. Es ist so, dass heute wir eine Überforderung erleben. Das was Joachim Gauck vor wenigen Jahren gesagt hat, dass unser Herz weit ist, aber unsere Möglichkeiten endlich, tritt ja jetzt ein. Das Problem ist, Herr Küpper, dass uns - - Ich bin Bundestagsabgeordneter. Ich hatte erst noch vor wenigen Wochen ein Treffen mit Bürgermeistern und Landräten, übrigens zusammen mit Friedrich Merz. Was die uns gesagt haben ist, dass man im Mai ihnen versprochen hat zu helfen bei dem großen Flüchtlingsgipfel in Berlin, und bis heute schauen sie in die Röhre. Das geht nicht! Das würde es unter der CDU nie geben. Wir übernehmen Verantwortung in solchen Zeiten und gerade jetzt muss Verantwortung übernommen werden. Und dass man vom Bundeskanzler gar nichts mehr hört dazu, dass die streiten, dass der seine Zeit opfern muss, um irgendwelche Streitigkeiten zu schlichten, ist schon bitter und geht mitten ins Mark nicht nur dieses Landes, sondern auch des

gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Deswegen braucht es jetzt eine Reaktion, am besten von Meseberg, dass die Bürgermeister und Landräte wieder atmen können.

Küpper: Aber bei der CDU heißt es jetzt nicht mehr, wir schaffen das, sondern wir schaffen das nicht?

Linnemann: Ach wissen Sie, mit diesen ganzen Floskeln – es muss gemacht werden. Ich sage immer, einfach mal machen. Ich meine, Frau Faeser muss doch mal aus dem Quark kommen. Die Bundespolizei, die Gewerkschaften, es sagen alle, dass wir eine Notifizierung brauchen in Brüssel, dass angemeldet werden muss, dass wir temporäre Grenzkontrollen innerhalb des Schengen-Raums auch bei den Grenzen zu Polen und Tschechien durchführen müssen. Das muss einfach mal gemacht werden! Wir hätten dann auch übrigens eine abschreckende Kettenreaktion. Den Tschechen wird dann auch signalisiert, dass sie wiederum die Grenzen zu Ungarn und der Slowakei besser schützen müssen. Das hängt doch miteinander zusammen und deswegen ist Frau Faeser jetzt in der Pflicht zu handeln.

Küpper: Aber muss man nicht, wenn man sagt, man will Grenzkontrollen einführen, nicht auch im Zweifel bereit sein, Grenzen ganz zu schließen, auch die eigenen?

Linnemann: Nein, darum geht es doch nicht.

Küpper: Na ja. Wer das anspricht, der muss auch weiterdenken.

Linnemann: Die Bundespolizei sagt ganz klar, dieser Schritt würde uns ausreichen. Die sagen ganz klar, wir sehen bei der Grenze zu Österreich - im letzten Jahr wurden 15.000 Menschen zurückgewiesen -, dass das das richtige Signal war, und das brauchen wir auch an der polnischen und tschechisch-deutschen Grenze. Boris Rhein fordert das schon seit Monaten. Frau Faeser muss einfach mal handeln und in ihrer Doppelfunktion sich fragen, ob das überhaupt richtig ist, auf der einen Seite Innenministerin und auf der anderen Seite Wahlkämpferin. Sie ist jetzt als Innenministerin gefragt und wir können jetzt nicht warten, bis der 8. Oktober ist.

Küpper: Kurzfristig wären Grenzkontrollen ein Weg. Schauen wir grundsätzlicher auf die Debatte. Ihr Kollege Thorsten Frei, der Parlamentarische Geschäftsführer der Unions-Bundestagsfraktion, der hat einen Vorstoß gemacht. Der hat gesagt oder davon gesprochen, das Individualrecht auf Asyl abzuschaffen. Ist das mit dem christlichen Menschenbild der CDU vereinbar?

Linnemann: Thorsten Frei geht es um einen perspektivischen Vorschlag. Herr Küpper, wir schreiben im Moment das Grundsatzprogramm der CDU. Ich bin dankbar, dass wir so eine offene Debattenkultur in unserer Partei haben. Im Kern sagt er doch, perspektivisch brauchen wir ein System, dass nur noch diejenigen kommen können, die bereits einen positiven Asylbescheid haben. Alles andere wird perspektivisch nicht funktionieren. Dann kommen nicht die Schnellen und Starken, sondern diejenigen, die wirklich einen Asylgrund haben, und darum geht es Thorsten Frei. Deshalb ist die Debatte darüber grundsätzlich richtig. Nur im Moment hilft es nicht, da haben Sie recht. Das ist ein Vorschlag, der diskutiert werden muss, ein grundsätzlicher. Im Moment müssen wir handeln. Da brauchen wir beispielsweise eine Ausweitung der sicheren Herkunftsländer, auch das ein Thema neben der Ausweitung der Kontrollen an den deutschen Außengrenzen. Das sind alles Punkte, die jetzt passieren müssen und wo wir handeln können als Staat.

Küpper: Die Punkte sind ja auch bekannt. Aber ich wollte da noch mal bleiben, weil man wichtig gerade über solche Debatten redet, und ich merke auch bei Ihnen, dass Ihnen das ein Anliegen ist. Aber wenn Sie sagen, perspektivisch, dann kann man die Frage stellen, perspektivisch geben Sie das christliche Menschenbild dann auf?

Linnemann: Im Gegenteil! Für mich ist es eher ein christliches Menschenbild, dass wir wirklich denjenigen helfen, die wirklich einen Asylgrund haben, und nicht denjenigen, die stark sind und jung sind und sich irgendwie durchkämpfen nach Deutschland. Das ist doch das christliche Menschenbild und nur darum geht es auch dem Kollegen Thorsten Frei.

Küpper: Herr Linnemann, es gibt viele Themen, viele Baustellen aktuell. Über Asyl und Migration haben wir gerade gesprochen. Sie haben es auch schon mehrfach er-

wähnt. Heute Kabinettsklausur auf Schloss Meseberg. Es geht auch um die wirtschaftliche Lage im Land. Sie haben den Kanzler Olaf Scholz kritisiert. Aber beim geforderten subventionierten Industriestrompreis, da müssen Sie ihn jetzt mal loben, denn er ist dagegen und auch Sie selbst haben das Ganze ja einen Irrsinn genannt. Bleiben Sie dabei?

Linnemann: Ich persönlich habe ein Problem, wenn man sich auf wenige Firmen konzentriert, ich sage mal nur auf die ganz großen, und der kleine und mittlere Mittelstand geht leer aus. Die haben doch genauso Probleme, die Bäckerei um die Ecke, die Großbäckerei und andere auch. Deswegen habe ich überhaupt nichts gegen Unterstützung, auch nichts gegen, ich würde es vielleicht, Brückenstrompreis nennen, eine Überbrückung. Aber das kann doch nicht sein, dass es nur die großen im Positiven trifft, sondern ...

Küpper: Wenn, dann für alle?

Linnemann: Ich würde jetzt keinen Industriestrompreis für alle, aber ich würde persönlich erst mal so anfangen, dass ich sage, wir beginnen erst mal mit der Stromsteuer. Die muss runter im ersten Schritt. Wir können auch bei den Netzentgelten was machen. Die müssen runter. Der Staat ist der größte Preistreiber. Und wenn man dann sieht, gerade im Industriebereich bei den energieintensiven Unternehmen, wir müssen da was machen. Dann bin ich doch der letzte, der nicht sagt, ja, aber bitte nicht nur konzentriert auf die großen, sondern auf den gesamten Mittelstand.

Küpper: Spricht die CDU hier auch mit mehreren Stimmen? Hendrik Wüst beispielsweise, der Ministerpräsident in NRW – viel Industrie dort -, der ist ja klar dafür.

Linnemann: Nein! Auch Hendrik Wüst sagt, wir dürfen den Mittelstand und die kleinen nicht vergessen. Was mich nur stört an dieser Debatte ist, dass wir den Eindruck vermitteln, es geht nur um die großen energieintensiven Unternehmen. Nein, es geht auch um den mittleren und kleinen Mittelstand. Der darf nicht vergessen werden und deshalb reden wir darüber.

Küpper: Muss die Ampel-Koalition trotz aller Widrigkeiten durchhalten?

Linnemann: Ach wissen Sie, Herr Küpper, das sind Diskussionen, da beschäftige ich mich ganz ehrlich gar nicht mit. Wenn Politiker an der Macht sind, dann ist die Wahrscheinlichkeit nicht nennenswert, dass sie sie abgeben. Ich möchte, dass die Probleme im Lande gelöst werden, und da sehe ich bei dieser Ampel - - Ich meine, das müssen Sie sich mal vorstellen: Gestern Abend im „Heute“-Journal, in den „Tagesthemen“ minutenlange Diskussionen über einen Kompromiss, wo man wochenlang drüber redet, davor ein halbes Jahr dieses Heizungsgesetz, wo man noch den Letzten in Deutschland verunsichert hat. Wo ist denn mal ein Ziel, eine Vision, Aufbruch, Erneuerung? Was ist denn das Konzept des Bundeskanzlers? Der Bundeskanzler sagt in einem Interview ...

Küpper: Aber sie machen wenigstens Reformen, anders als in den Jahren zuvor.

Linnemann: Welche denn?

Küpper: Die Kindergrundsicherung ist eine Reform, das Wachstumschancengesetz wird eine Wirtschaftsreform sein.

Linnemann: Herr Küpper, bei der Kindergrundsicherung sagen alle Experten, dass das nichts bringt. Man redet sogar davon, dass es 500 Millionen Euro an Bürokratie kostet. Eine Reform wäre für mich, dass wir die Bildungsarmut bekämpfen, dass wir die jungen Leute bildungsreif machen, dass sie der deutschen Sprache mächtig sind, wenn sie eingeschult werden, dass wir eine Vorschulpflicht einführen, nicht um Kinder zu drangsaliieren, sondern um sie zu fördern. Dann setzen wir an der Wurzel an und nicht einfach, die Transferleistungen zu erhöhen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

